



zur Jugend



zur Hanfinitiative

Medienkonferenz vom 16. Oktober in Bern

Die Argumente der Befürworter sind nicht stichhaltig

- „Viele kiffen trotz Verbot und das Gesetz wird nicht umgesetzt.“

Ja, das finden wir auch nicht gut. Aber sollen wir deshalb das Gesetz einfach abschaffen, obwohl es inhaltlich richtig ist aber nicht respektiert wird? Was würde mit dieser Argumentation beispielsweise mit dem Strassenverkehrsgesetz passieren? Cannabis soll sowieso erst ab 18 legal werden. Der Vollzug des Gesetzes bleibt bei den Jugendlichen also genau gleich wie heute. Mit konsequenten Strafen, z.B. hohen Ordnungsbussen statt Gerichtsverfahren, kann dem Gesetz wieder der nötige Respekt verschafft werden. Wir fordern dabei nicht den Polizeistaat aber jedes Gesetz soll angemessen durchgesetzt werden.

- „Wäre Cannabis legal, könnte der THC-Gehalt kontrolliert werden.“

Nehmen wir an, Cannabis dürfte nur bis zu einem gewissen THC-Gehalt verkauft werden. Was würde passieren? Der Schwarzmarkt für die „echte Ware“ mit viel höherem THC-Gehalt würde regelrecht boomen.

- „Heute verkauft der gleiche Dealer Cannabis und Heroin.“

Dieses Argument ist nicht stichhaltig. Sogar die eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF), selber eine Befürworterin der Cannabis-Legalisierung, schreibt am 7.1.2008 in einem Bericht: „Die Märkte für harte Drogen und für Cannabis sind weiterhin getrennt.“ Die Initianten können keine Lösung für eine noch stärkere Trennung beider Märkte anbieten. Wer Heroin will, der kriegt es auch: mit oder ohne Initiative. Das müssen wir unabhängig davon an die Hand nehmen.

- „Vom Cannabis-Verbot profitiert vor allem die Drogenmafia.“

Wird die Initiative angenommen, profitiert die Drogenmafia doppelt: Einmal mit dem legalen Verkauf im Hanfshop, ein zweites Mal mit dem illegalen Verkauf der „scharfen Ware“ auf dem Schwarzmarkt. All zu leicht erliegen die Initianten dem Wunschenken, die internationale Hanfmafia gerade in der Schweiz mit einer vollen Ladung neuer Gesetze in den Griff zu kriegen.

- „Mit dem Cannabisverbot gehen dem Staat Millionen an Steuereinnahmen verloren.“

Das ist Zynismus pur. Wir wollen möglichst wenige Kiffer, nicht möglichst viele und schon gar keinen Staat, der sich an den Cannabissteuereinnahmen gesundstösst. Übrigens: Kiff jemand, bis er Hilfe braucht, kostet das den Staat Millionen. Nimmt hingegen jemand sein Leben in die Hand, bildet sich weiter und macht Karriere, schaut für den Staat ein Vielfaches an Steuereinnahmen heraus!

- „Das Konsumverbot behindert Prävention und Jugendschutz.“

Im Gegenteil; es ermöglicht sie gerade! Prävention und Repression sind zwei wichtige Säulen der weltweiten Drogenpolitik, die nicht gegeneinander sondern miteinander funktionieren. Wird das Verbot beim Kiffen jedoch aufgehoben, sind Eltern, Lehrkräfte, Sozialarbeiter und Polizei die Hände gebunden: Die Konsumenten können nicht mehr zu Massnahmen angehalten werden, die oft mehr Hilfe als Strafe sind.

- „Erwachsene können selber entscheiden, ob sie sich schädigen wollen oder nicht, der Staat muss ihnen nichts vorschreiben.“

Menschen, die sich selbst schädigen wollen, fallen schnell der Allgemeinheit zur Last. Viele Cannabiskonsumenten brauchen psychische Betreuung, müssen sich ins Spital einliefern lassen oder verursachen Berufsunfälle. Das ist nicht mehr nur Selbst- sondern Gesellschaftsschädigung. Manchmal muss das Gemeinwesen den Menschen vor sich selber schützen: Es nützt meinem Mitmenschen und der Allgemeinheit nichts, wenn ich ihm scheinbar grosszügig den Ruin erlaube.